



Verwaltungsstandpunkt-Nr. VII-A-07071-VSP-02

Status: **öffentlich**

Eingereicht von:

Dezernat Wirtschaft, Arbeit und Digitales

Stammbaum:

VII-A-07071 Fraktion Freibeuter

VII-A-07071-ÄA-01 Marcus Weiss

VII-A-07071-VSP-02 Dezernat Wirtschaft,
Arbeit und Digitales

Betreff:

**Umbenennung des Leipzig/Halle Flughafens in Hans-Dietrich-Genscher-
Flughafen**

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):
Gremium

Voraussichtlicher
Sitzungstermin

Zuständigkeit

DB OBM - Vorabstimmung
Dienstberatung des Oberbürgermeisters
Verwaltungsausschuss
Ratsversammlung

26.10.2022
09.11.2022

Bestätigung
Bestätigung
Vorberatung
Beschlussfassung

Rechtliche Konsequenzen

Der gemäß Ursprungsantrag gefasste Beschluss wäre

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Rechtswidrig und/oder | <input type="checkbox"/> Nachteilig für die Stadt Leipzig. |
| <hr/> | |
| <input type="checkbox"/> Zustimmung | <input checked="" type="checkbox"/> Ablehnung |
| <input type="checkbox"/> Zustimmung mit Ergänzung | <input type="checkbox"/> Sachverhalt bereits berücksichtigt |
| <input type="checkbox"/> Alternativvorschlag | <input type="checkbox"/> Sachstandsbericht |

Beschlussvorschlag

Der Antrag VII-A-07071 wird abgelehnt.

Räumlicher Bezug

Flughafen Leipzig/Halle

Zusammenfassung

Anlass der Vorlage:

- Rechtliche Vorschriften Stadtratsbeschluss Verwaltungshandeln
- Sonstiges: Antrag VII-A-07071

Beantragt wird, dass sich die Stadtverwaltung in der Mitteldeutschen Flughafen AG für eine

Umbenennung des Flughafens Leipzig/Halle in Hans-Dietrich-Genscher-Flughafen einsetzt.

Der ablehnende Verwaltungsstandpunkt beruht auf dem Prinzip einer grundsätzlichen neutralen Haltung des Staates und seiner Einrichtungen gegenüber einzelnen Vertretern des Staates.

Finanzielle Auswirkungen

| | | | | |
|--|-------------------------------------|------|--|---|
| Finanzielle Auswirkungen | <input checked="" type="checkbox"/> | nein | | wenn ja, |
| Kostengünstigere Alternativen geprüft | | nein | | ja, Ergebnis siehe Anlage zur Begründung |
| Folgen bei Ablehnung | | nein | | ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung |
| Handelt es sich um eine Investition (damit aktivierungspflichtig)? | | nein | | ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung |

| Im Haushalt wirksam | von | bis | Höhe in EUR | wo veranschlagt |
|--|--------------|-----|-------------|--------------------------------|
| Ergebnishaushalt | Erträge | | | |
| | Aufwendungen | | | |
| Finanzhaushalt | Einzahlungen | | | |
| | Auszahlungen | | | |
| Entstehen Folgekosten oder Einsparungen? | | | nein | wenn ja, nachfolgend angegeben |

| Folgekosten Einsparungen wirksam | von | bis | Höhe in EUR/Jahr | wo veranschlagt |
|--|---|-----|------------------|-----------------|
| Zu Lasten anderer OE | Ergeb. HH Erträge | | | |
| | Ergeb. HH Aufwand | | | |
| Nach Durchführung der Maßnahme zu erwarten | Ergeb. HH Erträge | | | |
| | Ergeb. HH Aufwand (ohne Abschreibungen) | | | |
| | Ergeb. HH Aufwand aus jährl. Abschreibungen | | | |

| | | | | |
|---|--|------|--|--|
| Steuerrechtliche Prüfung | | nein | | wenn ja |
| Unternehmerische Tätigkeit i.S.d. §§ 2 Abs. 1 und 2B UStG | | nein | | ja, Erläuterung siehe Punkt 4 des Sachverhalts |
| Umsatzsteuerpflicht der Leistung | | nein | | ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung |
| Bei Verträgen: Umsatzsteuerklausel aufgenommen | | ja | | nein, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung |

| | | | |
|---|-------------------------------------|------|--------------------------------|
| Auswirkungen auf den Stellenplan | <input checked="" type="checkbox"/> | nein | wenn ja, nachfolgend angegeben |
| Beantragte Stellenerweiterung: | Vorgesehener Stellenabbau: | | |

Ziele

Hintergrund zum Beschlussvorschlag:

Welche strategischen Ziele werden mit der Maßnahme unterstützt?

2030 – Leipzig wächst nachhaltig!

Ziele und Handlungsschwerpunkte

Leipzig setzt auf Lebensqualität

- Balance zwischen Verdichtung und Freiraum
- Qualität im öffentlichen Raum und in der Baukultur



Leipzig besteht im Wettbewerb

- Positive Rahmenbedingungen für qualifizierte Arbeitsplätze
- Attraktives Umfeld für Innovation, Gründer und Fachkräfte

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Nachhaltige Mobilität | <input type="checkbox"/> Vielfältige und stabile Wirtschaftsstruktur |
| <input type="checkbox"/> Vorsorgende Klima- und Energiestrategie | <input type="checkbox"/> Vorsorgendes Flächen- und Liegenschafts-management |
| <input type="checkbox"/> Erhalt und Verbesserung der Umweltqualität | <input type="checkbox"/> Leistungsfähige technische Infrastruktur |
| <input type="checkbox"/> Quartiersnahe Kultur-, Sport- und Freiraum-angebote | <input type="checkbox"/> Vernetzung von Bildung, Forschung und Wirtschaft |

Leipzig schafft soziale Stabilität

- Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt
- Gemeinschaftliche Quartiersentwicklung
- Bezahlbares Wohnen
- Zukunftsorientierte Kita- und Schulangebote
- Lebenslanges Lernen
- Sichere Stadt

Wirkung auf Akteure

- Bürgerstadt
- Region
- Stadtrat
- Kommunalwirtschaft
- Verwaltung

Leipzig stärkt seine Internationalität

- Weltoffene Stadt
- Vielfältige, lebendige Kultur- und Sportlandschaft
- Interdisziplinäre Wissenschaft und exzellente Forschung
- Attraktiver Tagungs- und Tourismusstandort
- Imageprägende Großveranstaltungen
- Globales Denken, lokal verantwortliches Handeln

Sonstige Ziele

Bei Bedarf überschreiben (max. 50 ZML)

Trifft nicht zu

Klimawirkung

Klimawirkung durch den Beschluss der Vorlage

Stufe 1: Grobe Einordnung zur Klimawirkung (Klimaschutzes und zur –wandelanpassung)

- | | | | |
|---|--|-------------------------------------|---------------------------------|
| Eingesetzte Energieträger (Strom, Wärme, Brennstoff) | <input type="checkbox"/> keine / Aussage nicht möglich | <input type="checkbox"/> erneuerbar | <input type="checkbox"/> fossil |
| Reduziert bestehenden Energie-/Ressourcenverbrauch | <input type="checkbox"/> Aussage nicht möglich | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Speichert CO2-Emissionen (u.a. Baumpflanzungen) | <input type="checkbox"/> Aussage nicht möglich | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Mindert die Auswirkungen des Klimawandels (u. a. Entsiegelung, Regenwassermanagement) | <input type="checkbox"/> Aussage nicht möglich | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Abschätzbare Klimawirkung mit <u>erheblicher Relevanz</u> | <input type="checkbox"/> ja, da Beschlussgremium RV, GVA, oder VA <u>und</u> mind. 5 Jahre Betriebs- und Nutzungsdauer | <input type="checkbox"/> nein | |
| Vorlage hat keine abschätzbare Klimawirkung | <input checked="" type="checkbox"/> ja (<u>Prüfschema endet hier.</u>) | | |

Stufe 2: Die Vorlage berücksichtigt die zentralen energie- und klimapolitischen Beschlüsse (s. leipzig.de)

- | | | |
|-----------------------------|---|--|
| <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein (<u>Begründung s. Abwägungsprozess</u>) | <input type="checkbox"/> nicht berührt (<u>Prüfschema endet hier.</u>) |
|-----------------------------|---|--|

Stufe 3: Detaillierte Darstellung zur abschätzbaren Klimawirkung nur bei erheblicher Relevanz

- | |
|---|
| <input type="checkbox"/> Berechnete THG-Emissionen (in t bzw. t/a): _____ |
|---|

liegt vor: s. Anlage/Kapitel der Vorlage: _____

wird vorgelegt mit: _____ (z. B. Planungsbeschluss, Baubeschluss, Billigungs- und Auslegungsbeschluss)

Sachverhalt

Beschreibung des Abwägungsprozesses:

Der Verwaltungsstandpunkt ist vereinbar mit dem Hinweis der Mitteldeutsche Flughafen AG, dass sich keine neue Sachlage gegenüber einem entsprechenden Antrag ergibt, den die Gremien der MFAG bzw. der Flughafen Leipzig/Halle GmbH bereits vor 5 Jahren abgelehnt haben, und dass die Kosten einer Umbenennung beträchtlich wären.

I. Eilbedürftigkeitsbegründung

Keine Eilbedürftigkeit

II. Begründung Nichtöffentlichkeit

Keine Nichtöffentlichkeit

III. Strategische Ziele

entfällt

IV. Sachverhalt

1. Begründung

Einrichtungen und Infrastrukturen von überregionaler Bedeutung, die öffentlich finanziert und genutzt sind, werden in der Bundesrepublik Deutschland üblicherweise nicht nach Trägern staatlicher Ämter benannt.

Eine möglichst weitgehende Neutralität des Bundes und der Länder in der Ehrung und Würdigung der Repräsentanten dieser Staatsebenen zeichnet den deutschen demokratischen Rechtsstaat aus, der sich insoweit auf protokollarische Ehrungen beschränkt. Dieser Neutralitätskonsens ist ein gewollter Bruch mit Traditionen des Personenkultes um Kaiser, Feldherren, Führer oder Staatsratsvorsitzende in früheren deutschen Staatsformen. Dieser Konsens wird auch durch seltene Ausnahmen (z. B. Namenserweiterungen der Flughäfen München oder Köln/Bonn) grundsätzlich nicht aufgehoben.

Der Neutralitätskonsens hat geholfen, Diskussionen um die Verdienste von Vertretern des Staates und der politischen Parteien als politische Diskussionen und nicht in außerpolitischen und sachfremden Zusammenhängen zu führen. Benennungen von Einrichtungen und Infrastrukturen zur Auszeichnung und Ehrung sind auf die lokale Ebene beschränkt. Dass sogar lokal die Kontroversen um Namensgebungen der Vergangenheit und daraus folgende Umbenennungen zunehmen, belegt den Wert des Neutralitätskonsenses für die politische Kultur in Deutschland insgesamt.

Auch wenn für die Benennung des Flughafens Leipzig/Halle ein Staatsmann und Politiker

vorgeschlagen wird, der im aktuellen regionalen Ansehen weitgehend umstritten als verdienstvoll betrachtet wird. Es entsteht hier eine zusätzliche und notwendige mit Dissens verbundene Debatte, die nicht durch aktuelle politische Aufgaben getrieben ist, sondern vielmehr wichtigeren politischen Diskussionen die erforderliche Aufmerksamkeit nimmt.

Auch die Mitteldeutsche Flughafen AG sieht für einen Antrag zur Namensänderung des Flughafens geringe Aussicht auf Erfolg in ihren Gremien. Bereits vor fünf Jahren sei ein vergleichbarer Beschluss in der Gesellschaft abgelehnt worden. Seitdem habe sich die Sachlage nicht verändert. Die Kosten einer Umbenennung seien beträchtlich.

Der Antrag lässt keine nachvollziehbaren Gründe erkennen, beim Flughafen Leipzig/Halle vom Neutralitätskonsens in der Benennung überörtlicher öffentlicher Einrichtungen abzuweichen und ist deshalb abzulehnen.

2. Realisierungs- / Zeithorizont (entfällt bei Ablehnung des Antrags)

entfällt

Anlage/n
Keine